Pfund's Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch.
Bade-Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und zart.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Illuminationsnäpfchen
empfiehlt Wilh. Geissler, Dresden-N., Seifenfabrik.
Telephon-Amt II. Nr. 641.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Wieder am Lager
und bekannte gute
echtschwarzer
Damenstrümpfe
Herren-Socken
Kinder-Strümpfe
Alle Unterzeuge.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewaarenhaus
Waisenhausstrasse 30.
Eigene Strohhutfabrik. Neueste Modelle.
Fernsprecher III. 3290.

Aut Optimum aut nihil!
Schlick & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 89. Spiegel: Ahlwardt über das Papiergeld, Lage der Landwirthschaft, Sonnachrichten, Bund der Landwirthe, Hochwasser, Stadtverordnetensitzung, Gerichtsverhandlungen, Ueberlauterstett, Residenztheater. Vermuthliche Witterung: Aufklärend, mittlere Temp. Sonnabend, 30. März.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1895

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Der Bezugspreis beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Es ist ein Glück, daß ein gütiges Wesen den Menschen das Lachen geschenkt hat. Sonst würden Schmerz, Zorn, Trauer und andere Leidenschaften, deren bitterer Ernst die Stirn in Furchen zieht, des Griesgrams kein Ende werden lassen, und jene stoische Weisheit, die „im Leide nicht erliegen und in Trauer lächeln will", würde bedenklich im Kurse steigen. Der Humor aber ist der geschworene Feind des Stoizismus. Leise schwingt er seine Flügel und plötzlich ist er da, lächelt des finster blickenden Ernstes Majestät mit schalkhaftem Schmunzeln an, und siehe da, selbst der nie Lächelnde geräth in Gefahr, einen Sonnenblick der Heiterkeit von sich ausstrahlen zu lassen. Ehe er aber diesem Verhängniß, das ihn selbst zerstören würde, erliegt, ereilt er flüchtigen Schrittes und überläßt das Feld dem losen Schalke, der besonders in den parlamentarischen Körperschaften so Manchem im Nacken sitzt. Gesegnet sei der Humor! so möchte man unwillkürlich ausrufen, wenn man die Reichstagsverhandlungen vom Donnerstag liest. Konnte Einem doch angst und bange sein, wie der entdeutschte Reichstag die Geschäfte führen, wie er es wagen würde, vor das Angesicht der Nation zu treten. Es giebt Situationen voll der höchsten Peinlichkeit, die aber fast ausschließlich von dem dabei leidenden anstatt von dem aktiven Theil empfunden werden, etwa wie wenn ein schlechter Redner sich gründlich blamirt. In einer solchen Lage befand sich auch der „deutsche" Reichstag nach seinem Beschlusse vom 21. März, durch den er sich in aller Form selbst ein vernichtendes Urtheil gesprochen hatte. Die antinationale Mehrheit selbst freilich empfand das Niederdrückende ihrer Stellung zunächst nicht. Um so lebendiger aber war und ist das Gefühl dafür in allen Kreisen, denen die Liebe zu Kaiser und Reich und die hingebungsvolle Dankbarkeit gegen den Schöpfer deutscher Macht und Größe als die Grundlage der nationalen Existenz erscheint. Die nationalen Parteien mußten daher ernstlich im Zweifel sein, ob nach dem feindseligen Eklat des 21. März noch eine Möglichkeit vorhanden sei, mit einem solchen Reichstage die Geschicke des Reiches weiter zu berathen. In diese Beklemmung tönt mit einer gewissen erlösenden Gewalt das herzhafte Lachen hinein, das den Reichstag am Donnerstag infolge des unfreiwilligen Humors des außerfraktionellen antisemitischen Spaßmachers Ahlwardt durchbrauste. Wenn man im Reichstage erst einmal wieder gemeinsam gelacht hat, dann wird sich auch ein modus vivendi zur gemeinsamen Weiterführung der Geschäfte finden lassen, unbeschadet der fortdauernden innerlichen Entrüstung der nationalen Parteien, deren erster Impuls eigentlich den Gedanken einer völligen Enthaltung von der Ausübung des Mandats unter solchen Umständen nahe legen mußte.

Also Herr Ahlwardt hat wieder einmal die seltsamsten Kapriolen gemacht. Er hielt nämlich dem Hause eine kleine volkswirthschaftliche Vorlesung über Begriff, Wesen und Zweck des „Papiergeldes". Ueberwältigend wirkte die von Herrn Ahlwardt gestellte Vorfrage: „Was ist Papiergeld?" Ein Werth, meinte Herr Ahlwardt, ist es nicht, sondern nur ein „Hinweis" auf einen Werth. Das ist eine im Ahlwardt'schen Sinne ganz konsequent entwickelte Theorie, da „Papier" für Herrn Ahlwardt überhaupt nur „Werth" hat, wenn „in hohem Grade wahrscheinliche" Verdächtigungen darauf stehen. Ein Reichskassenschein müßte daher, um für Herrn Ahlwardt einen direkten „Werth" zu besitzen, beispielsweise mit dem Vermerk versehen sein: „Höchstwahrscheinlich wird die Reichsbank diesen Schein nicht einlösen. Dies versichert an Eidesstatt Kulicke, Antisemit. Berlin, Raddaugasse Nr. 0, 5. Et." So ist es denn sehr wohl möglich, daß der angeblich von der Bankfirma Mohr u. Spencer an Herrn v. Kardorff geschriebene Brief, der ihn im vorigen Jahr veranlassen sollte, für den Antrag auf Verlängerung des Reichsbankprivilegiums zu stimmen, für Herrn Ahlwardt einen weit höheren „Werth" gehabt haben könnte, als eine banale Tausendreichsmarknote. Deutete doch Herr Ahlwardt, als ihm die völlige Grundlosigkeit seiner Anschuldigung von Herrn v. Kardorff haarscharf nachgewiesen wurde, kattlächelnd an, daß er nun erst recht die Sache in Volksversammlungen breit treten werde, damit man ihn „verklagen" könne. „Beweise", meinte er, ließen sich für derartige „subjektive Gefühle" schwer erbringen. Beweise sind auch in Volksversammlungen nicht nur nicht nöthig, sondern manchmal geradezu schädlich, weil sie unter Umständen das Geschäft verderben. Da in Volksversammlungen mehr der Nickel regiert, so ist es am Ende kein Wunder, daß Herr Ahlwardt das Papiergeld etwas geringschätzig behandelte. Großmüthig gab er indeß zu, daß das Papiergeld für den Verkehr eine „erhebliche Bedeutung" habe, und erklärte zugleich, daß er durchaus kein Gegner des Papiergeldes sei. Das war vorsichtig und klug gehandelt; denn nun wird männiglich wissen, daß etliche Probescheine, an denen er seine Papiergeldstudien vertiefen könnte, Herrn Ahlwardt nicht schlechtweg unwillkommen sein würden. Einstweilen ist Herrn Ahlwardt's Papiergeldkenntniß infolge Mangels an hinreichendem Material noch etwas unvollkommen, und es dürfte daher wohl nicht nur als Eingeständniß dieser eigenen Schwäche, sondern zugleich als ein zarter Wink nach Abhilfe aufzufassen sein, wenn er im Eingange seiner Vorlesung erklärte, daß er „leider" zum Bankett reden müsse. Wie sagte doch vor einiger Zeit der „Kladderadatsch" in einem köstlichen Liede à la Rodenstein? „Ahlwardt, sämmiger Zahlwart! Fürwahr mit Dir ist's aus. — Wer ewig prahlt und täglich zahlt, — Dem pfändet man das Haus." Wenn es einmal mit Herrn Ahlwardt aus Mangel an papiernen „Werth-Hinweisen" so weit kommen sollte, würde ihm zu empfehlen sein, es einmal mit der Besiedelung Südwestafrikas zu versuchen, die in derselben Reichstagssitzung zur Sprache gekommen ist. Je eher Herr Ahlwardt dem deutschen Festlande seine Ostseite zukehrt, desto besser wäre es jedenfalls; denn er ist am Donnerstag im Reichstag wieder einmal so überaus beflissen gewesen, die Wahrheit zu sagen, daß man nur lebhaft bedauern kann, daß die Regierung von der Einbringung des Reichseisenbahngesetzes wegen Ueberlastung des Reichstages in dieser Session Abstand genommen hat. Ein Gesetz gegen die in gewissen Kreisen grassirende Seuche der frivolen persönlichen Verunglimpfung ist dringend vonnöthen.

Während der Reichstag lachte, gährte es in der preußischen Volksvertretung. Der preußische Landwirthschaftsminister Herr v. Hammerstein-Loxten fuhr sozusagen aus der Haut, wie es einem Manne von redlichem Willen schließlich einmal zu passiren pflegt, wenn er sieht, daß geflissentlich Unmögliches von ihm verlangt wird. Die Lage des Ministers war in der That höchst ungemüthlich. Es handelte sich um die einfache Beantwortung einer Interpellation bezüglich zu ergreifender Maßnahmen, um der Verfälschung der Futter- und Düngemittel entgegenzutreten. Statt dessen sah sich der Minister plötzlich in ein wahres Kreuzfeuer landwirthschaftlicher Nothstandsreden versetzt. Dabei riß ihm der Geduldsfaden. Er erklärte kurz und bündig, daß er der fortgesetzten Angriffe gegen ihn satt sei und daher seinen Gegnern empfehle, sich nach einem anderen Retter in der Noth umzusehen. Herr v. Hammerstein unterschied ganz im Sinne der Beschlüsse des preußischen Staatsrathes zwischen ausführbaren und unausführbaren Mitteln zur Hebung der landwirthschaftlichen Nothlage, stellte nachdrücklich fest, daß er innerhalb der Grenzen des Möglichen den festen Willen habe, der Landwirthschaft zu helfen, und lehnte es sodann ab, sich an allgemeinen Erörterungen weiter zu betheiligen. Diese auffällig schroffe Haltung des Ministers erscheint nur dadurch erklärlich, daß man an allerhöchster Stelle entschlossen ist, über das Maß der Zugeständnisse, wie es im Staatsrathe in den sogen. „kleinen Mitteln" der Landwirthschaft gewährt werden soll, um keinen Schritt hinauszugehen, so unerschütterlich auch die weitaus überwiegende Mehrzahl der Landwirthe daran festhalten mögen, daß ihnen damit in wirksamer Weise nicht geholfen werden kann. Die Lage erscheint nicht unbedenklich, weil unter diesen Umständen eine Radikalisirung der landwirthschaftlichen Bewegung in größerem Umfange befürchtet werden muß. Um so wichtiger ist es, daß die konservative Partei in ihrem persönlichen Verhalten gegen den preußischen Landwirthschaftsminister sorgfältig jede Spur von Voreingenommenheit in Zukunft beseitigt. Ein erträglicher Zustand kann nur angebahnt werden, wenn die Konservativen durch die That die Richtigkeit dessen beweisen, was im Februar dieses Jahres die „Kons. Korr." versicherte: Man bringe im Osten Herrn v. Hammerstein volles Vertrauen entgegen und sei sich der Schwere der Aufgabe, „die Karre aus dem Dreck herauszuschieben", zu wohl bewußt, als daß man an seine Verletzerung denken könnte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 29. März.

Berlin. Reichstag. Ein schleuniger Antrag des Abg. Auer auf Einstellung des gegen den Abg. Herbert schwebenden Strafverfahrens wird angenommen. Es folgt Gesammtabstimmung über den Etat. Die Annahme desselben erfolgt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. — Auf der Tagesordnung steht ferner der Antrag Kanitz, betreffend Verstaatlichung des Getreideimports. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich brauche nicht mehr unter Beweis zu stellen, daß die Landwirthschaft nothleidet und daß etwas Durchgreifendes dagegen geschehen muß. Aus dieser Nothwendigkeit heraus ist unser Antrag entstanden. Der Schutzzoll funktionirt nicht mehr. Bei Industrieerzeugnissen ist das anders, aber die Getreideproduktion und die Getreidepreise hängen von der Ernte ab und es genügt ein Schutzzoll von 35 Mk. nicht, um dem Getreide ausreichende Preise zu sichern. Wollte man den Zoll erhöhen und ermäßigen, je nach der Höhe der Getreidepreise, so würde man damit der Regierung eine unmögliche Aufgabe stellen; deshalb ist unser Antrag das Einzige, was übrig bleibt, auch wenn er etwas Neues und Ungewohntes vorschlägt. Im Gegensatz zu unserem vorjährigen Antrag verlangen wir 10jährige Durchschnittspreise, das ist nichts Unbilliges, die Produktionskosten müssen den Landwirthen ersetzt werden; heute stehen die Preise unterdem Produktionskosten. Wir Landwirthe können nicht, gleich den Industriellen, unsere Produktionsmittel dadurch herabmindern, daß wir die Produktion steigern. Erdrücken uns die Getreidepreise nicht wenigstens die Produktionskosten, so geht die Landwirthschaft zu Grunde. Uebrigens ist die Getreideproduktion ungeheuer gestiegen. Dabei bedenken Sie die Lasten für den Arbeiterschutz, welche gerade auf der deutschen Landwirthschaft ruhen. (Rufe rechts: Sehr wahr!) Redner wendet sich dann gegen die Einwände, die gegen seinen Antrag erhoben worden sind, derselbe sei undurchführbar, stehe mit den Handelsverträgen in Widerspruch, vertheuere faktisch das Brot und habe eine sozialistische Tendenz. Bei Annahme seines Antrags würden die Einnahmen des Reiches an Getreidezöllen von etwa 76 Mill. im Durchschnitt der letzten 10 Jahre auf etwa 220 Mill. steigen, also um rund 150 Millionen. Man hat das eine Hungersteuer genannt, aber das Reich würde doch alsdann Entlastungen an anderen Stellen eintreten lassen können und wenn man immer nur von Brotvertheuerung spricht, so sollte man doch nicht vergessen, daß wir für den Fall der Noth eine Verbilligung in Aussicht stellen. Auch die Versorgung des Reiches mit Getreide für den Kriegsfall sichert unser Antrag. Gegenwärtig ist ja das Brot billiger, aber sind denn da unsere Arbeiter deshalb so gut daran? Nein, Mangel an Arbeit und Arbeitseinstellungen sind die Signatur des Tages. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Was soll denn da den Arbeitern der billige Brotpreis helfen? In Bäckerläden darf er mit leerer Tasche ja doch nicht hinein. Auch der Herr Landwirthschaftsminister hat im Abgeordnetenhause zugegeben, daß der Kommunent keinen Anspruch darauf hat, die Waare unter den Produktionskosten zu erhalten. Was die Handelsverträge anlangt, so besteht ja die Vertragstreue darin, daß die Verträge in dem Sinne ausgelegt werden, in dem die Kontrahenten sie abgeschlossen haben. Das ist aber unseren europäischen Vertragsstaaten gegenüber vereitelt worden durch die den überseeischen Staaten gewährten grenzenlosen Meistbegünstigungen. Unser Antrag würde auch der Spekulation an der Produktenbörse ein Ende machen. Man nennt ihn freilich staatssozialistisch, aber ebensogut könnte man jeden Schutzzoll so nennen, denn auch die Schutzzölle haben die Tendenz, den Preis auf einer gewissen Höhe zu halten. Und glaubt man denn etwa, daß die bestehenden Monopole, so das Tabakmonopol in Oesterreich, sozialistisch wirken, oder etwa unser Eisenbahnmonopol, denn das ist doch ein Monopol von weit größerem Umfange als das Getreidemonopol, wie wir es vorschlagen. Unser Antrag ist umso weniger staatssozialistisch, als wir mit demselben Tausende, die zum Mittelstande gehören, retten wollen. Unser Antrag hat daher vielmehr eine anti-sozialistische Tendenz. (Bravo! rechts). Gerade im Mittelstande, bei den Handwerkern ist denn auch unser Antrag beifällig aufgenommen worden. Alle Bedenken aber müssen zurücktreten gegenüber dem einen großen Ziele: Erhaltung der deutschen Landwirthschaft (Bravo! rechts). Wer die Sprache unserer schlichten Bauern zu Gunsten unseres Antrages nicht versteht, der hat kein Ohr und kein Herz. (Lebhaftes Bravo.) — Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Die Vorwürfe, die man mir wegen meiner Stellung zu dem Antrage gemacht hat, sind unbegründet. Der Antrag mußte sorgfältig geprüft werden und das ist jetzt geschehen und es ist daher jetzt an der Zeit, die Gründe darzulegen, weshalb dem Antrage nicht stattgegeben werden kann. Der Antrag sagt, Einkauf und Verkauf des ausländischen Getreides sollen für Rechnung des Reiches stattfinden. Damit wäre aber alles Getreide, welches nicht zum Verbrauch im Inland bestimmt ist, ausgeschlossen, es liegt darin ein Einfuhrverbot für alles Getreide, welches nicht dazu bestimmt ist, hier konsumirt zu werden. Das steht im Widerspruch zu den Handelsverträgen und das ist auch von dem Grafen Kanitz anerkannt worden; derselbe hat aber gemeint, dieser Widerspruch lasse sich auf dem Wege der Vereinbarung lösen. Ich zweifle sehr, daß die Verhandlungen hierüber mit den Vertragsstaaten zu einem Resultate führen würden. Jedenfalls erscheint es nicht rathsam und nicht der Würde des Reiches entsprechend, jetzt schon, nachdem kaum erst die Handelsverträge abgeschlossen, solche Verhandlungen zu versuchen. Auch nicht ausführbar ist der Antrag. Wenn das Getreide in den Handel des Staates übergeht, so werden Sie zugeben, daß der ganze private Getreidehandel aufhört, der Händler kann dann nicht mehr das Getreide aufsuchen, wie es ihm paßt. Der Handel ist aber ein organisches Ganzes; wie das Blut vom Herzen in die Kanäle geht, Leben bringend, so verbreitet sich der Handel über das ganze Reich und jeder Eingriff würde störend wirken. Das Reich kann euch niemals die Verpflichtung übernehmen, für die Versorgung der Einwohner mit Getreide selber zu sorgen; es würde dazu Tausende von Agenten anstellen müssen, auch im Auslande. Das Reich kann auch unmöglich den Geschmack des Publikums treffen, das müsse aber doch geschehen, und ebenso müsse den Bedürfnissen der Industrie Rechnung getragen werden, welche jedes Jahr wechselten. Dazu ist aber, fährt der Reichskanzler fort, große Sachkenntniß nothwendig, zu der der Staat nicht fähig ist. Wenn man in den Organismus des Handels in einem Punkte eingreift, so kann man ihn leicht ganz zerstören. Auch ist der Antrag Kanitz sozialistisch, wenigstens würde er in sozialistische Bahnen einlenken. Die Berufsstatistik von 1882 weist nach, daß im ganzen Reiche 5 Millionen Ackerwirthschaften existiren, aber 15 Millionen Landwirthe würden von dem Antrage Kanitz keinen Nutzen haben, da sie kein Getreide verkaufen. Man hat also Unrecht, wenn man sich immer an die gesammte Landwirthschaft mit diesem Antrage gewendet hat. Man muß also nach anderen Maßnahmen suchen; wir schlagen vor: Börsenreform, Branntweinsteuerreform, Einschränkung der Transitlager, Zuckersteuerreform; eine Herabsetzung der Tangemittel Tarife hat schon stattgefunden, und ebenso ist ein Rentengutsgesetz schon eingebracht, endlich wird auch die Währungsfrage Gegenstand unserer Erwägungen sein. — Abg. Ulden (fraktionslos), auf der Tribüne infolge herrschender Unruhe im Hause kaum zu verstehen, wendet sich gegen den Antrag und beantragt die Verweisung desselben an eine Kommission. — Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.): Meine Freunde erkennen die Tendenz des Antrages, der Landwirthschaft zu helfen, an, ebenso auch, daß namentlich der Bauernstand der Hilfe bedarf; aber auch wer den Antrag nicht gutheißt, kann ein Herz für die Landwirthschaft haben. Der Antrag ermangelt der Kenntniß des praktischen Lebens. Wie soll der Staat es machen, durch Agenten das Getreide kaufen und wieder verkaufen zu lassen? Ein Heer von Beamten würde dazu nothwendig sein. Der Staat würde die einzige Versorgungsanstalt sein, und damit haben sie das, was der sozialistische Staat will. Einige wenige meiner Freunde erkennen das Prinzip als gut an, das ausländische Getreide von Staatswegen ankaufen zu lassen. (Hört, hört!) Aber die große Mehrzahl erkennt auch dieses Prinzip nicht an. — Abg. v. Ploetz (kons.): Wir konnten kein besseres Mittel finden, um der Noth der Landwirthschaft abzuhelfen. Seit dem Abgange des großen Bismarck sind wir in die Handelsvertragspolitik hineingerathen. Herr

Friedrich & Glockner
empfehlen streichfreie Schuhlederlacke, Lackstiefeln, Ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften:
Zwingerstrasse 15; Schülerstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.